

Haushaltsrede am 17.02.2011



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Solidarität.

Solidarität gibt es im Großen und im Kleinen. Im Großen wird sie beispielsweise zwischen Bund und Land oder – wie gerade aktuell – zwischen Rhein-Kreis Neuss und den Kommunen im Kreis eingefordert. Natürlich ist auch beim Thema Grundwasser und der laufenden Befragung zur Finanzierung in den letzten Wochen viel über Solidarität gesprochen worden, wobei erstaunlicherweise alle dasselbe Wort genutzt haben, aber augenscheinlich ein unterschiedliches Verständnis über den Inhalt des Begriffs haben.

So sprach der Bürgermeister – ich hoffe, ich gebe Sie richtig wieder – davon, dass die Bürger untereinander in den Ortsteilen bei der Finanzierung der Maßnahme solidarisch sein sollen. Also Herrenshoff für Herrenshoff, Kleinenbroich für Kleinenbroich, Pesch für Pesch und Raderbroich für Raderbroich.

Auf verschiedenen, von Bürgern organisierten Informationsveranstaltungen zum Grundwassermodell, sprachen verschiedene Redner dagegen davon, dass ein solidarisches Finanzierungsmodell eine Beteiligung durch alle Hauseigentümer vorsehen müsse – unabhängig davon, ob und wie stark der Einzelne durch den Grundwasseranstieg betroffen ist und auch unabhängig davon in welchem Ortsteil der Einzelne wohnt.

Als Beispiel für ein solches solidarisches Finanzierungsmodell wurde eine indirekte Finanzierung durch eine Anhebung der Grundsteuer vorgeschlagen.

Diese Form der Solidarität hat der Bürgermeister mit dem Argument abgelehnt, dass dann auch Menschen bezahlen müssten, die sich selbst beispielsweise durch den Bau einer weißen Wanne mehr oder weniger dauerhaft geholfen haben.

In der Konsequenz bedeutet diese Aussage, dass wohl solidarisch geboten ist, dass sich die Menschen eines Ortsteils untereinander helfen. Nicht aus Gründen der Solidarität geboten ist es dagegen, wenn dabei sich auch Personen beteiligen, die sich bereits eine Weiße Wanne zugelegt haben.

Eine Logik, die sich mir nicht erschließt.

Um die Sache auf den Punkt zu bringen: Wäre es denn nicht auch eine Form der Solidarität, wenn sich beispielsweise ein nicht unmittelbar vom Grundwasseranstieg betroffener Glehner Mitbürger direkt oder indirekt an der Finanzierung der Grundwassermaßnahmen in Pesch beteiligt? Warum ist dies so unvorstellbar?

Dies verleitet mich dann doch, einen kleinen Ausflug in die Weltliteratur zu machen und eine kurze Fabel wiederzugeben:

Es handelt sich hierbei um die Fabel „Das Pferd und der Esel“, die einigen bekannt sein dürfte.

Ein Bauer trieb ein Pferd und einen Esel, beide gleichmäßig beladen, zu Markte. Als sie schon eine gute Strecke vorwärts gegangen waren, fühlte der Esel seine Kräfte abnehmen. „Ach“, bat er das Pferd kläglich: „Du bist viel größer und stärker als ich, und doch hast du nicht schwerer zu tragen, nimm mir einen Teil meiner Last ab, sonst erliege ich.“

Hartherzig schlug ihm das Pferd seine Bitte ab: „Ich habe selbst meinen Teil, und daran genug zu tragen.“ Keuchend schleppte sich der Esel weiter, bis er endlich erschöpft zusammenstürzte.

Vergeblich hieb der Herr auf ihn ein, er war tot. Es blieb nun nichts weiter übrig, als die ganze Last des Esels dem Pferde aufzupacken.

Zu spät bereute dieses seine Hartherzigkeit. „Mit leichter Mühe“, so klagte es, „hätte ich dem Esel einen kleinen Teil seiner Last abnehmen und ihn vom Tode retten können.“

Übertragen auf das wirkliche Leben würde dies so aussehen: Aktuell sollen die Pescher jeweils 190 Euro pro Jahr bezahlen. Bei einer Umlage auf alle Bürger wären wir – gerechnet nur für die Maßnahme in Pesch – bei knapp 3 Euro pro Korschebroicher Grundstückseigentümer und Jahr. Wenn man alle Grundwassermaßnahmen auf alle Korschebroicher umlegen würde, wäre man bei deutlich weniger als 30 Euro pro Jahr und Eigentümer.

Um mit den Worten des Pferdes zu sprechen: Eine leichte Mühe für Alle.

Aber mit der Solidarität ist das in Korschebroich ohnehin so eine Sache. Eigentlich sollte man auch bei Einsparmaßnahmen meinen, dass denjenigen, die viel haben, mehr weggenommen wird und denjenigen, die wenig haben, weniger weggenommen wird.

Nicht so in Korschebroich oder genauer: Nicht so bei der Korschebroicher CDU und SPD.

CDU und SPD waren übereingekommen, die Zuschüsse an die Vereine um 20% zu kürzen.

Immerhin haben sie dabei den wiederholt bei den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre vorgebrachten Vorschlag der Aktiven Bürger Gemeinschaft aufgegriffen, auch die Zuschüsse an die Fraktionen zu kürzen. Auf halbem Weg hat CDU und SPD jedoch die politische Sensibilität verlassen und so beschlossen sie, die Zuschüsse nicht wie bei den anderen Vereinen um 20 Prozent, sondern nur um 10 Prozent zu kürzen. Eine Begründung, warum den Parteien nur eine zehnpromzentige Kürzung und den andern Vereinen eine zwanzigprozentige Kürzung zugemutet wird, gab es nicht.

Diese geringe Kürzung verwundert umso mehr, als auch die Feuerwehr bei den Zuschüssen für die Kameradschaftskasse eine deutlich höhere Kürzung hinnehmen musste.

Da es - wie gesagt – weder von der CDU, noch von der SPD eine Erklärung für diese ungleiche Behandlung gab, ist man hier auf Vermutungen angewiesen.

Ein naheliegender Grund wäre, dass die Parteien im Vergleich zur Feuerwehr in Korschenbroich so kurz gehalten werden, dass eine stärkere Kürzung zu einem Zusammenbruch der Parteienlandschaft führen würde.

Entschädigungen CDU

Entschädigungen für 22 Ratsmitglieder	169 EUR/Monat	44.616 EUR
max. 35 Fraktionssitzungen	17 EUR/Sitzung	13.090 EUR
je 12 Rats-/Ausschusssitzungen (geschätzt)	17 EUR/Sitzung	4.488 EUR
Fraktionsvorsitzender (große Fraktion)	769,50 EUR/Monat	9.234 EUR
2 Stellv. Fraktionsvorsitzende	256,50 EUR/Monat	6.156 EUR
2. Stellv. Bürgermeister (1)	384,75 EUR/Monat	4.617 EUR
Zwischensumme:		82.201 EUR
zzgl. direkte Fraktionszuschüsse		5.310 EUR
Summe:		87.511 EUR
pro Kopf (22 Ratsmitglieder)		3.977 EUR

Entschädigungen Feuerwehr

Kameradschaftskasse für 300 Feuerwehrmänner (und –frauen)	25 EUR/Jahr	7.500 EUR
Bereitschaftsdienste Glehn und Kleinenbroich	6.000 EUR/Jahr	12.000 EUR
Entschädigung Wehrführer	504 EUR/Monat	6.048 EUR
Entschädigung der beiden stellvertretenden Wehrführer	252 EUR/Monat	6.048 EUR
Bereitschaftsdienst Führungskräfte (2)	50 EUR/Monat	1.200 EUR
Telefonkostenpauschale (5)	24 EUR/Monat	1.440 EUR
Summe:		34.236 EUR
pro Kopf (300 Feuerwehrleute)		114 EUR

Um hier nicht in ein falsches Fahrwasser abzugleiten: Ganz klar ist, dass es sich hier bei der CDU um rechtmäßige, gesetzliche Ansprüche handelt, von denen lediglich die direkten Fraktionszuschüsse vom Rat zu beeinflussen sind. Auch würde die weitere Kürzung bei einer geplanten Neuverschuldung von rd. 10,9 Mio. nicht den Haushalt der Stadt retten. Und natürlich erhalten auch die anderen Fraktionen Zahlungen der Stadt. Für *Die Aktive* sind dies beispielsweise rund 25.000 EUR, die an die Fraktionsmitglieder ausgezahlt werden und 2.610 EUR direkte Zuschüsse an die Fraktion.

Trotzdem zeigt der direkte Vergleich zwischen Fraktionen und Feuerwehr, dass es keinen sachlichen Grund gibt, die Feuerwehr stärker als die Parteien zu belasten. Dies umso mehr als erst im November 2009 die Entschädigungen für die Fraktionsmitglieder um 2 Prozent angehoben wurden. Die Entscheidung von CDU und SPD war daher klug noch solidarisch und wird das Verhältnis zur Feuerwehr noch lange belasten.

Mit der finanziellen Solidarität der Korschenbroicher Parteien ist es also nicht allzu gut bestellt.

Solidarität kann sich aber nicht nur in Geld ausdrücken, sondern man kann seine Solidarität auch mit Worten oder besser noch mit Taten ausdrücken.

Auch hierfür gab es in den letzten Wochen ausreichend Gelegenheit. Ich denke hierbei natürlich an die grundwassergeschädigten Menschen in Pesch, die immer noch auf eine akzeptable Lösung warten.

Möglichkeiten seine Solidarität und sein Engagement für die Pescher Menschen zu zeigen, waren beispielsweise die Durchführung von Informationsständen, das Drucken und Verteilen von Flugblättern und Ähnliches.

Allerdings: Wohin man auch schaut, es ist nichts passiert. Die CDU hat keine nennenswerten Aktivitäten entwickelt und auch andere Parteien haben erschreckend wenig getan.

Soviel zum Unterschied zwischen teils großen Worten im Rat und gelebter Solidarität vor Ort.

Was bleibt zu tun? Mit mehr Solidarität im Rat kann man nicht rechnen. CDU und SPD haben sich mit ihrem 80 zu 20 Beschluß so festgefahren, dass dort mit keiner Bewegung mehr zu rechnen ist.

Für die Zukunft heißt dies, dass wir vermehrt die Bürger beteiligen müssen. Und dies nicht nur bei den Wahlen, bei denen viel versprochen wird (man erinnere sich nur an das Versprechen der SPD, für das Erftverbandsmodell auch andere Finanzierungsformen prüfen zu wollen), sondern auch mit mehr direkter Demokratie. Künftig sollen und werden in Fällen, in denen die Politik zu keiner für Alle tragfähigen Lösung kommt, die Bürger im Wege eines Bürgerbegehrens zu beteiligen sein. Denn Eines hat die Umfrage zur Finanzierung gezeigt:

Wenn es darauf ankommt, kann man den Menschen in Korschenbroich mehr vertrauen als man gemeinhin glaubt.

Abschließend zum Haushalt Folgendes:

Die Aktive hat in den Haushaltsverhandlungen deutlich gemacht, wo sie Handlungs- und Verbesserungsbedarf sieht. Wir gehen davon aus, dass der Bürgermeister seine diesbezüglichen Zusagen einhält. Daher können wir dem Haushalt im Übrigen auch (mehrheitlich) zustimmen. Für das Haushaltssicherungskonzept und den Stellenplan gilt dies nicht, da wir ein weiteres Abgehen von den schon ohnehin niedrigen Einsparzielen für nicht tragbar halten.

Vielen Dank.